



Church and Peace

Internationale Geschäftsstelle

Church and Peace e.V. ist der ökumenische Zusammenschluss von Friedenskirchen und friedenskirchlich orientierten Gemeinden, Kommunen und Friedensorganisationen in Europa.

Stellungnahme zu sicherheitspolitischen Beschlüssen der Europäischen Union während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Mit dem Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 hat eine neue Ära der Europäischen Union begonnen, sowohl in Bezug auf den Brexit als auch mit der neuen Budgetphase des Mehrjährigen Finanzrahmens (2021-2027)¹. Aus diesem Anlass wertet der Vorstand des europäischen ökumenischen friedenskirchlichen Netzwerks Church and Peace einige der aktuell verfügbaren rüstungs- und sicherheitspolitischen Beschlüsse aus.

In einem breiten Bündnis von Kirchen und Zivilgesellschaft in verschiedenen europäischen Ländern und auf Ebene der Europäischen Union (EU) haben wir uns insbesondere seit 2016 immer wieder mit der **neuen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der EU**² auseinandergesetzt und vor einer Gefährdung des **Friedensprojekt Europa** durch eine „schleichenden Militarisierung der EU“ gewarnt.

„In einer Welt, geprägt von Ungerechtigkeit und Gewalt, wird Sicherheit – das zentrale Stichwort der EU – nicht durch noch mehr Waffen, sondern durch den entschiedenen Einsatz für Gerechtigkeit und zivile Konfliktprävention und -bearbeitung erreicht!“³, so Church and Peace im Dezember 2018 angesichts der Abstimmung über den Europäischen Verteidigungsfond. Und zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft, in der der zukünftige Mehrjährige Finanzrahmen beschlossen werden sollte, haben wir auf die biblische Zusage verwiesen: „Ich will Bogen, Schwert und Rüstung im Lande zerbrechen und will sie sicher wohnen lassen.“ (Hos 2,20) Diese Zusicherung gilt auch für ein ‚starkes Europa‘, wie es sich Deutschland für die EU-Ratspräsidentschaft mit dem Motto ‚Gemeinsam. Europa wieder stark machen‘ als Ziel gesetzt hat.“⁴

Als Netzwerk, zu dessen Mitgliedern Menschen und Friedensorganisationen in Großbritannien gehören, bedauern wir den nun vertraglich zementierten **Brexit**. Die Gefahr, dass der mühsam eingedämmte Nordirland-Konflikt wieder aufbricht, beunruhigt uns. Wir halten es für dringend notwendig, das Europaparlament in alle Ausgestaltungen und Umsetzungen des Vertrages (Trade and Cooperation Agreement⁵) einzubeziehen. Nur so kann eine demokratische Legitimität der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien gewährleistet werden.

Zusammen mit vielen Kirchen und Organisationen europaweit hat Church and Peace angesichts der Verhandlungen zum **Mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027)**⁶ immer wieder davor gewarnt, das Friedensprojekt Europa durch Investitionen in militärische Optionen zu gefährden und gefordert, stattdessen die zivilen Instrumente zu stärken.⁷

Es ist ein gravierender Paradigmenwechsel, dass mit dem seit 2017 beschlossenen **Europäischen Verteidigungsfond (EVF)**⁸, aus dem Rüstungsforschung und -produktion finanziert

Church and Peace e.V. - Mittelstraße 4 - D-34474 Diemelstadt-Wethen - Tel. +49 5694 - 9905506

Email: intloffice@church-and-peace.org - www.church-and-peace.org

Bank für Kirche und Diakonie – IBAN: DE33350601901014380015 – BIC: GENODED1DKD

werden, erstmals ein Budget für militärische Zwecke im EU-Haushalt verankert wurde. Wenn auch die von der Kommission geplante Summe von 13,5 Mrd. € für den EVF und 6 Mrd. € für militärische Mobilität nun auf insgesamt 8,5 Mrd. € gekürzt wurde⁹ und bewaffnete Drohnen ausgeschlossen werden konnten, wird dieser Beschluss zu weiterer Rüstungsproduktion und zu mehr Exporten führen, zumal die Kontrolle durch das Europaparlament verhindert wurde.¹⁰

Wir bedauern, dass trotz aller Warnungen bisher abgegrenzte und damit verlässlich verfügbare Haushaltsinstrumente zusammengelegt wurden. Im Rahmen des nun neu entstandenen **Instrumente für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI)** besteht so die Gefahr der übergreifenden Nutzung der Gelder, zumal „Migrationsabwehr“ ein Querschnittsthema sein wird.

Dazu gehört auch das **Instrument für Stabilität und Frieden**, durch das bisher sehr effektiv u.a. Krisenprävention, Mediation oder Maßnahmen gegen genderbasierte Gewalt finanziert wurden.¹¹ Umso enttäuschender ist, dass es von bisher 2,3 Mrd. € auf unter 0,9 Mrd. € gekürzt wurde. Außerdem beinhaltet es weiterhin die Ausrüstung und Ertüchtigung von „Partnerarmeen“ in Drittländern mit nicht-letal Technologie und Diensten bis zu einer maximalen Höhe von 270 Mill. €. Diese Ausweitung haben wir seit 2016 immer wieder kritisiert.¹² Auch ist noch nicht geklärt, ob das Europaparlament eine Kontrollfunktion über diese Gelder hat.

Immer wieder haben wir auch die Beschlüsse des Europäischen Rates zur Etablierung einer **Europäische Friedensfazilität** kritisiert.¹³ Auch wenn die dafür vorgesehenen 10,5 Mrd. € inzwischen auf 5 Mrd. € reduziert wurden, ist der Titel absurd, da es um die Finanzierung militärischer Maßnahmen geht.¹⁴

Es scheint vernünftig, die Kosten für gemeinsame militärische Aktionen im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) zusammenzulegen, um Einzelaktionen zu verhindern und sich an ein UN-Mandat zu binden sowie die Peacekeeping-Aktionen der Vereinten Nationen gemeinsam mitzufinanzieren. Jedoch ist geplant, über die bisherigen Friedensmissionen der Afrikanischen Union (African Peace Facility) hinaus die militärischen und die Verteidigungskapazitäten von Drittstaaten weltweit zu stärken – durch Ausbildung, Waffen und Munition! Der bisherige Mechanismus setzte eine Absprache mit der Afrikanischen Union voraus. Jetzt ist zu befürchten, dass bilaterale Vereinbarungen, zumal unter dem Leitinteresse der Grenzsicherung und Migrationsabwehr, getroffen werden.¹⁵

Wir begrüßen, dass die Niederlande, Schweden und Luxemburg durchgesetzt haben, dass die acht Kriterien des **Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern**¹⁶ im Rahmen der Friedensfazilität bindend sind.

Umso dringender fordern wir, dass endlich die Mitgliedsländer den gemeinsamen Standpunkt in restriktive nationale Rüstungskontrollgesetze umsetzen. Ebenso notwendig ist, dass auf europäischer Ebene eine rechtsverbindliche restriktive Verordnung inkl. Sanktionsmöglichkeiten beschlossen wird, zumal durch den Europäischen Verteidigungsfonds die EU nun selbst Rüstung produziert und damit auch Rüstung exportieren wird.

Skandalös ist, dass es auch in dieser Ratspräsidentschaft nicht gelungen ist, eine menschenwürdige und solidarische **Asyl- und Migrationspolitik** zu beschließen. Angesichts der humanitären Dramen außer- und innerhalb sowie an den Grenzen der EU, die dort engagierte Mitglieder von Church and Peace bezeugen, kann auch der Vorrang von Themen wie die Bewältigung der COVID 19-Krise und der Brexit dafür nicht als Legitimation herhalten.

Offensichtlich gibt es weiterhin ein deutliches Übergewicht in Bezug auf das Leitinteresse **Grenzsicherung und Migrationsabwehr** (s.o.). Dazu gehört, dass das Personal von FRON-TEX trotz aller Skandale von 1.000 auf 10.000 Grenzschützer*innen bis 2027 aufgestockt werden soll und insgesamt für „Migration und Grenzmanagement“ 22,7 Mrd. € ausgegeben werden sollen.

Auf diesem Hintergrund unterstreichen wir, dass die EU weiterhin dringend benötigte **Mittel für entwicklungspolitische und zivile Aufgaben**, wie für Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik, humanitäre Hilfe, Außenpolitik, Menschenrechts- und Demokratieförderung, Stabilität und Frieden, in der nun vorgesehenen Höhe von ca. 98 Mrd. € vorhält.

Wir begrüßen, dass der Rat der Europäischen Union eine **Schlussfolgerungen des Rates zur Friedensvermittlung durch die EU** verabschiedet hat und damit „seine Unterstützung für die Friedensvermittlung als Schlüsselinstrument der Konfliktverhütung, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik [bekräftigt], wenn es darum geht, Gefahren für den Frieden abzuwenden“. Außerdem wird festgestellt, dass „den Folgen des Klimawandels für Frieden und Sicherheit Rechnung getragen werden muss“ und „klimabedingte Risiken deshalb in den Strategien zur Konfliktverhütung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung konsequent berücksichtigt werden müssen“.¹⁷

Wir begrüßen das **Konzept des Auswärtigen Dienstes der EU (EEAS) zur Friedensvermittlung (Mediation) der EU** vom 2. Dezember 2020, das eine stärkere finanzielle Förderung inklusive einer engen Kooperation mit der Zivilgesellschaft/NGOs im Bereich der Mediation vorsieht.¹⁸

Wir rufen Bürgerinnen und Bürger der EU sowie Kirchen und Organisationen in Europa dazu auf, weiterhin darauf zu insistieren, dass die EU ihre bisherigen Kompetenzen in Bereichen wie Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte und Nachhaltigkeit weiterentwickelt und dadurch **Europa als Friedensprojekt** stärkt, statt menschliche und finanzielle Ressourcen in Rüstung und militärischen Aktionen zu binden.

Church and Peace-Vorstand, 25. Februar 2021

- 1 Infografik – Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2021 und NextGenerationEU (Stand: 08.02.2021), <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/mff2021-2027-ngeu-final/>
- 2 European Union (2016): *Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy*, http://eeas.europa.eu/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf
- 3 Church and Peace-Pressemitteilung (30.06.2020): „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ - die zivilen Friedenskapazitäten der EU fördern!, <https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2020/06/PM-Zur-EU-Ratspr%C3%A4sidentschaft-30062020.pdf>
- 4 Church and Peace-Pressemitteilung (12.12.2018): *Heutige Abstimmung des Europäischen Parlaments zum Verteidigungsfonds: Parlamentsmehrheit setzt auf Rüstungsinvestitionen statt auf Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung*, <https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2018/12/PM-EP-Verteidigungsfonds-12122018.pdf>
- 5 Europäische Kommission (24.12.2021): *Fragen und Antworten: Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland*, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_2532
- 6 Council of Europe press release (10.11.2020): *Next multiannual financial framework and recovery package: Council presidency reaches political agreement with the European Parliament*, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/11/10/next-multiannual-financial-framework-and-recovery-package-council-presidency-reaches-political-agreement-with-the-european-parliament/pdf>;
Council of the European Union press release (17.12.2020): *Multiannual Financial Framework 2021-2027 and Next Generation EU (Commitments, in 2018 prices)*, https://www.consilium.europa.eu/media/47567/mff-2021-2027_rev.pdf
- 7 Church and Peace (22.06.2018): *Erklärung zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) 2021 – 2017 der EU als treibende Kraft für Militarisierung*, https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2018/06/Erkl%C3%A4rung-zu-MFF-der-EU_0618.pdf
- 8 Council of the European Union (21.12.2021): *Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council establishing the European Defence Fund*, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14285-2020-INIT/en/pdf>
- 9 European Network Against Arms Trade - ENAAT (1.10.2020): *Who gets most of EU funding for military research and development?*, http://enaat.org/wp-content/uploads/2020/10/EUdefFd_analysis_Flyer_2020_EN.pdf
- 10 Alle EU-Staaten (ohne Großbritannien) haben 2018 zusammen ‚nur‘ etwa 1,6 Mrd. € für Rüstungsforschung ausgegeben, s. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung – GKKE (2021): *Rüstungsexportbericht 2020*, S.83, <https://www.gkke.org/wp-content/uploads/2020/12/GKKE-69-REB.pdf>
- 11 Europäische Kommission, Dienst für außenpolitische Instrumente (FPI), *Karte aller IcSP-finanzierten Projekte*, <https://icspmapp.eu>
- 12 Church and Peace- Pressemitteilung (12.10.2016): *Church and Peace warnt vor Ausweitung des EU-Instruments für Stabilität und Frieden (IcSP) auf militärische Unterstützung von Drittstaaten*, https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2017/06/CP-PM-EU-IcSP-D_10-2016.pdf
- 13 So zuletzt zusammen mit 40 europäischen Organisationen: s. Joint Civil Society Statement (November 2020): *European 'Peace' Facility: Causing harm or bringing peace?*, <https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2020/11/Peace-Facility-NGO-Statement-18-Nov-2020.pdf>
- 14 Rat der EU (18.12.2020): *Rat erzielt politische Einigung über Europäische Friedensfazilität*, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/18/council-reaches-a-political-agreement-on-the-european-peace-facility>
- 15 S. auch International Crisis Group, Africa Report N°297 (2021): *How to spend it: New EU Funding for African Peace and Security*, <https://www.crisisgroup.org/africa/african-union-regional-bodies/297-how-spend-it-new-eu-funding-african-peace-and-security>
- 16 *Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern*, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008E0944&from=DE>
- 17 Rat der Europäischen Union (7.12.2020): *Schlussfolgerungen des Rates zur Friedensvermittlung durch die EU*, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13573-2020-INIT/de/pdf>
- 18 Arbeitsdokument des Europäischen Auswärtigen Dienstes: *Concept on EU Peace Mediation EEAS (2020) 1336* (Stand: 2.12.2020), https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/eeas_20201336_working_document_on_concept_on_eu_peace_mediation.pdf